

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

M 980 Motion Nussbaum Adrian namens der Mitte-Fraktion über die Erhöhung des Versicherungsabzugs / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung als Postulat.
Adrian Nussbaum beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Simone Brunner und Samuel Zbinden beantragen Ablehnung.

Adrian Nussbaum: Wir sind zähneknirschend dazu bereit, unser Anliegen zur Erhöhung des Versicherungsabzugs hintanzustellen. Wir tun das im Sinn des Kompromisses, den wir mit den bürgerlichen Parteien im Rahmen der aktuellen Steuergesetzrevision getroffen haben. Aus diesem Grund verzichten wir bei der Beratung der Botschaft B 8 darauf, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Weiter anerkennen wir das Argument der Regierung, die vorschlägt, die Entwicklungen beim Bund abzuwarten. Für uns hat das Anliegen aber nach wie vor hohe Priorität. Die Krankenkassenprämien sind gemäss Stellungnahme des Regierungsrates seit 2011 und als der Versicherungsabzug zuletzt angepasst wurde, um 26 Prozent gestiegen und steigen weiter. Somit ist es wichtig und sachlogisch, dass auch der Versicherungsabzug angepasst werden muss. Der Verzicht auf eine Anpassung führt zu einer erheblichen Benachteiligung des Mittelstands. Im Unterschied zu anderen Forderungen hat diese Anpassung im Übrigen keinen Mitnahmeeffekt, da die Mehrausgaben alle betreffen und effektiv vorliegen. Wir wollen deshalb, dass diese Anpassung bei einer nächsten Steuergesetzrevision vorgenommen wird und beantragen daher die Erheblicherklärung als Postulat.

Simone Brunner: Wir wollen das Fuder nicht überladen, aus diesem Grund lehnen wir auch die Erheblicherklärung als Postulat ab. Mit der Analyse, dass die Krankenkassenprämien gestiegen sind und diese einen Teil der Ausgaben der Bevölkerung bedeuten, gehen wir mit Adrian Nussbaum einig. Wir sehen aber den Lösungsansatz nicht in einer pauschalen Lösung, sondern in zusätzlichen Mitteln für die individuelle Prämienverbilligung, um Menschen gezielt und einkommensabhängig entlasten zu können.

Samuel Zbinden: Ich kann mich dem Votum von Simone Brunner nur anschliessen. Die hohe Prämienlast ist tatsächlich ein sehr wichtiges Thema. In diesem Sinn danke ich der Mitte-Fraktion, dass sie sich dieser Frage annimmt. Das Mittel, wie das Problem gelöst werden soll, ist aber aus Sicht der Grünen Fraktion falsch. Wenn es darum geht, Sozialpolitik zu betreiben, ist ein Steuerabzug nie eine gute Lösung. Wie bei allen Abzügen ist die Verteilungswirkung klar: Wer hat, dem wird gegeben. Es macht keinen Sinn, dass die Menschen mit den höchsten Einkommen am meisten entlastet werden. Dieses Geld würde besser in die Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung investiert. Wir lehnen die

Erheblicherklärung als Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Das Anliegen ist im Grundsatz berechtigt, deshalb sind wir bereit, darauf einzugehen. Inhaltlich sehen wir aber eine grössere Flexibilität, als im Vorstoss gefordert wird. Daher bitten wir Sie, der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung als Postulat der teilweisen Erheblicherklärung als Postulat mit 55 zu 50 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat die Motion mit 68 zu 40 Stimmen als Postulat erheblich.